

presse.dienst ver.di hessen

Datum der Veröffentlichung: Mittwoch, 17. August 2011

Landtagsanhörung zur Besoldungserhöhung der Beamtinnen und Beamten in den Jahren 2011 und 2012

ver.di Hessen fordert Innenminister Rhein auf nachzubessern

Frankfurt a. M. & Wiesbaden. Der ver.di Landesbezirk Hessen hat erneut den Inhalt der geplanten Besoldungserhöhung für die rd. 106.000 Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen in Hessen kritisiert. Wie **Christian Rothländer**, Landesbeamtensekretär von ver.di Hessen am Mittwoch im Landtag anlässlich der Anhörung des Innenausschusses zum Gesetzentwurf für die Besoldungserhöhung der Jahre 2011 und 2012 erklärte, beinhalte der von den Fraktionen von CDU und FDP im Mai vorgelegte Gesetzentwurf entgegen der Ankündigung von Innenminister Boris Rhein (CDU) keine „eins zu eins“ Übertragung des im April diesen Jahres für die Tarifbeschäftigten der Landesverwaltung erzielten Einkommensentwicklung. **„Eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den Beamtenbereich sieht anders aus“**, erklärte Rothländer. Während die Tarifbeschäftigten bereits seit dem 1. April 2011 1,5 % mehr Entgelt erhielten, sei dies für den Beamtenbereich erst mit Wirkung zum 1. Oktober vorgesehen. **„Das sind glatte sechs Nullmonate, die nicht akzeptabel sind“**. Es komme hinzu, dass für das Jahr 2011 tariflich eine Einmalzahlung von 360,00 € vereinbart sei, die die Beamtinnen und Beamten vollständig nicht erhalten sollen. Von der zeit- und inhaltlichen Abkopplung sind auch die Anwärtinnen und Anwärter erfasst, die damit ebenfalls im Vergleich zu den Auszubildenden schlechter behandelt werden. So erhalten nach dem Tarifergebnis die Auszubildenden im Jahre 2011 eine Einmalzahlung von 120,00 € während Anwärtinnen und Anwärter diese vollständig nicht erhalten sollen.

Auch für das Jahr 2012 sieht der Gesetzentwurf eine zeitliche Abkopplung vor. Während die Tarifbeschäftigten bereits ab dem 1. März 2012 2,6 % mehr Entgelt erhalten werden, soll diese Einkommenserhöhung für die Beamtinnen und Beamten erst ab dem 1. Oktober 2012 und damit 7 Monate später gelten. Rothländer forderte Rhein und die Fraktionen von CDU und FDP deshalb auf, **„schnell nachzurechnen und nachzubessern um in Hessen den Gleichklang von Tarif- und Besoldungsentwicklung zu wahren“**.

Presserechtlich verantwortlich: Christian Rothländer (Pressestelle)

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Landesbezirk Hessen

Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77 (Postfach 20 02 55), 60606 Frankfurt am Main

Festnetz: (069) 2569-1220, mobil: (0171) 6208056, Internet: www.hessen.verdi.de

E-Mail: christian.rothlaender@verdi.de, Fax: (069) 2569-1299